

General-Anzeiger

..... **Elberfeld**
 Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
 Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Hüttenw.)

B a r n e n
Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Kernerweg 57
Besuche für Geschäftsstelle u. Redaktion Pz. 714 u. 4992.

Französische Verdrehungen und ihre Abwehr.

b. Mit dem Ruhrgebiet. 5. April. (Eig. Draht.) Die Franzosen legen mit allen Mitteln ihre Versuche fort, der Welt glauben zu machen, daß der blutige Zwischenfall bei Krupp durch deutsche nationalstifflche oder kapitalistische Zweibeine hervorgerufen worden sei, obgleich der auch von zahlreichen Ausländern nachgeprüfte Laibbestand viele Behauptungen Lügen straft. So erklärte die französische Informationsquelle in Düsseldorf heute den ausländischen Journalisten, man habe einen Brief des Essener Polizeipräsidenten Dr. Melcher an einen Schupobauptmann gefunden, in dem er diesen auffordert, Schupoleute auf die Werte zu verteilen, mit dem Auftrag, die Arbeiter gegen die Franzosen aufzuheben. Dr. Melcher ist bereits seit längerer Zeit von den Franzosen ausgewiesen worden. Von vornherein kann man ruhig sagen, daß es sich hier um eine glatte Erfindung handelt. Die Schupobeamten brauchen gar nicht probierend vorzugehen um Zwischenfälle herbeizurufen. Im Gegenteil haben die Beamten, solange sie im Dienst waren, unzählige Male unter Einleitung ihres Lebens Zusammenstöße mit den Franzosen verhindert und manche Franzosen vor der Volkswut gerettet. Ebenso falsch ist die jedenfalls auch aus französische Informationen zurückgehende Meldung des „Daily Telegraph“, wonach auch Herr Krupp von Bohlen und Halbach mit seinen Direktoren die Vorgänge am Karlsplatz wie ein General mit einem Herkules vom Turm des Verwaltungsgebäudes aus beobachtet habe. Die Firma Krupp stellt ausdrücklich fest, daß die Herren in der französischen Zeit zu geschäftlichen Besprechungen versammelt waren und sich nicht auf dem Turm befanden. Die angebliche Empörung erwiderte aber die schriftliche Antwort des französischen Generals an die Stadtverwaltung auf deren Protest gegen das Vorgehen der Franzosen am Karlsplatz und die Forderung nach Bestrafung der Schuldigen. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß Essen durch das Vorgehen der Franzosen ohne vollgültigen Schutz ist.

Die Stadtverwaltung hat auf die Antwort des Generals nachstehend 3 Schreiben überreicht:

Das am Ostersamstag des Jahres 1928 in Moskau gefestigt ist, und wen die Schuld trifft, das steht bereits in unzweifelhafter Klarheit vor den Augen der gesamten Welt. Die Vorgänge sind auf das genaueste und gewissenhaftest festgestellt worden, in erster Linie von dem Parteisekretär der Arbeiter der Birma Krupp. Das Ergebnis der Untersuchung hat, wie Sie wissen, der Reichsregierung Anlaß zu diplomatischen Schritten bei den Unruhen, nern des Friedens von Versailles gegeben. Die weitere Nachprüfung der bisher festgestellten Tatsachen mag genau so vor der ganzen zivilisierten Welt erfolgen, wie ihre Mitteilung an sie ergangen ist. Wir sind sehr davon überzeugt, daß sie reiflos vor der Prüfung bestehen werden. Demgegenüber haben Sie den Jhnen von mir mitgeteilten Sachverhalt als irrtümlich, aber als abschließend erweist bezeichnet, und die Verantwortung für die Vorfälle auf die Zeitungen der Kruppischen Werkes und auf die Vorgesetzten der Kruppischen Direktoren geschoben. Ich habe geglaubt, hoffen zu können, daß die Vorfälle am Ostersamstag auch von Jhnen abschließend festgestellt und getadelt würden. Wenn dies von Jhnen nicht geschieht, so hätte die Essener Arbeiterbewegung, hätte die Arbeiterschaft und die Zeitung der Birma Krupp doch wenigstens ersatzlos können, daß Sie auf den Vorfall der Stahl Essen, der sich erst und Trauer die Vorgänge darstellt, nicht mit Untersuchungen antworten sollen, die gegenüber der Arbeiterschaft wie ein Schlag ins Gesicht und wie Schand wirken müssen. Gehen Sie überzeugt, daß Ihr Verhalten in der Arbeiterschaft, die angefaßt der furchtbaren Opfer der französischen Augen von Verbrechen des Schmutzes ist ergriffen ist, gleichgültig Schande der schwersten Verurteilung herbeiführen wird.

Scharfe Auflage.

WTB Düsseldorf, 5. April. Der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Oberregierungsrat Lutterbed, hat an den General Denbignes ein Schreiben gerichtet, worin es heißt:

Am 2. April hat der Herr Oberbürgermeister der Stadt Essen bei dem General Jacquemont in schärfster Weise gegen die Bluttat am Karstadt protestiert und Maßnahmen gefordert, die ähnlichen Mißbrauch der bewaffneten Macht ausschließen. Daraus schrieb der General am 4. April: „Die ganze Verantwortung fällt auf die Direktoren der Rumpfwiese. Die Exaktionen, die Escherborn, sind schon im Gange, da eine bestimmte Zahl dieser Direktoren bestraft werden ist.“

Ich stimme dem Proiect erhoben habe gegen das Spiel mit Menschenleben, das von der französischen Zuspäunahme getrieben worden ist, so erhebe ich die heftigste Anklage gegen diese Behandlung der Gefühle einer lebenden Bevölkerung. Soll man also wirklich aus den Worten des Generals Jacquemont entnehmen, daß er die Munit für gut und recht findet und den Forderungen der Abtheilung, welcher die Erröpfung des Feuers gegen die wehrlosen Menschenmassen befohlen hat, von jeder Verantwortung freisprechen will? Von Ihnen, Herr General, erwarte ich, daß Sie Maßnahmen treffen, die dem Ton, wie er in dem Schreiben vom 4. April bezeugt wird, ein für allemal ein Ende zu machen. Endlich bitte ich Sie, Herr General, dringend dafür Sorge zu tragen, daß die Verhandlungen gegen die Direktoren der Kruppischen Werke, auf deren sofortiger Freilassung ich nach wie vor bestehe, unter keinen Umständen vor der Beerdigung der Opfer stattfinden. Die Vollstreckung ist in einer Weise erregt, daß sie eine gegen ihr eigenes Empfinden gerichtete Stellungnahme des französischen Kriegsgerichts nicht stillschweigend hinnehmen könnte. Es liegt also im eigenen Interesse der Besatzung, alles zu vermeiden, was vor der Beerdigung der Aemmelnen Entrüstung neue Nahrung zuführen könnte.

Die Beerdigung der getöteten Gruppischen Arbeiter ist bis Anfang nächster Woche verschoben worden, da die Leichen erst nach einer eingehenden ärztlichen Untersuchung unversehrt werden sollen.

Der französische Lockruf über London.

Die Pläne Loycheurs verdächtig und unannehmbar. — Unter diesen Verhältnissen kann der passive Widerstand nicht aufgegeben werden.

GA Berlin, 5. April. (Eig. Drahtb.) Die Ausführungen des „Daily Telegraph“ (die wir gestern mitgeteilt haben), die allgemein auf London zurückgeführt werden, haben natürlich auch hier in allen politischen und parlamentarischen Kreisen Beachtung gefunden, obwohl man nicht übersehen kann, ob es sich dabei um die Ansicht bestimmter Mittheilungsbüreaukreise Frankreichs handelt, denen London nahesteht, oder ob tatsächlich maßgebende Regierungskreise Frankreichs damit übereinstimmen. Ungeheuerst soll durch die Mittheilungen des „Daily Telegraph“ England für gewisse französische Pläne gewonnen werden, d. h. man will die englische Regierung dazu bringen, sich stärker als bisher für die Durchsicht bestimmter französischer Pläne einzusetzen und Deutschland dadurch zwingen auf dem Boden dieser vom „Daily Telegraph“ angebotenen französischen Bedingungen zu verhandeln. Fragegenosse kann nur das eine festgestellt werden: die in dem englischen Blatt angeführten Bedingungen sind für Deutschland inakzeptabel und unannehmbar.

Die Forderung des „Deutsches Telegraph“ stellt an sich keine Abstraktion dar. Daß beträchtliche Geldsummen in Paris erörtert werden, ist auch schon lange bekannt. Was dabei die Befriedigung der deutschen Wiedergutmachungsleistungen anlangt, so würde Frankreich offenbar zunächst verlangen, daß ihm die bekannten 26 Milliarden bezahlt würden, die die 52 Prozent der Summe aus den Bonds A und B ausstehenden Leistungen darstellen. Die weiteren würde Deutschland aus den Bonds C Frankreich gegenüber in der Höhe verpflichtet werden, in der Frankreich Amerika und England gegenüber verschuldet ist, damit Frankreich im Falle der Eintreibung dieser Schulden sich entweder bei Deutschland schadlos halten oder sich auf Deutschlands Nichtzahlung berufen könnte. Dazu würde Deutschland sich zur Duldung einer umfangreichen Finanzkontrolle und zur Schaffung von Monopolen zur Sicherstellung der Wiedergutmachungsleistungen oder des Ansehensdienstes für aufzunehmende Anleihen verpflichten müssen, sich also seiner finanziellen Souveränität begeben. Insgesamt würde Frankreich also etwa 30 Milliarden Goldmark verlangen.

Neben dieser finanziellen Seite des Problems
erscheint die Regelung

der Ruhr- und Rheinfrage

zu sein in der Frankreich eine der wichtigsten Forderungen erblickt. Frankreich wird offenbar als Begeisterung für die oben angegebenen, von Deutschland übernommenen geselligen Verpflichtungen die Rasselelle Räumung des untergebiets zugegeben. Es würde aber fordern, als nicht nur der passive Widerstand eingestellt wird, sondern daß im Gegentheil alle amtlichen und nichtamtlichen Faktoren im Ruhrgebiet angewiesen würden, mit den Begegnungsmächten in engem Einvernehmen zusammenzuarbeiten. Heber in den letzten Ausführungen Volmar in der französischen Kammer, und in den Mitteilungen des Deich Telegraph" ist irgend etwas enthalten, was andeutet, wann die erste Etappe der Räumung abgeschlossen worden soll. Volmar sagte in der französischen Kammer: "Die werthen und dem Ausgeseht und nur in dem Maße und Verhältniß der erlangten Zahlungen zurückgehen. Diese müssen ab der Befreiung der Schiben ansetzen." In der letzten Nummer der "Ein Rundsch" wird die Befreiungsdauer auf 10 Jahre (1) ge-

WTB. Boston, 5. April. (Draht.) Dr. Ockermann berichtet den Frankenschaaren der Truppschiffe Werte, aus der Postenvertheilung mitgeteilt, daß von den 28 Schiffen beinahe die Hälfte bereits vor zwei Tagen erfolglos abfuhr, so war. Von diesen haben fünf einwandfrei Schiffe von hinten gehalten. Es sind nur wenige Besätze darunter, ein Zeichen, daß die Schiffe im allgemeinen keine Seeschiffe abgegeben haben. Im Resten Dr. Ockermanns Besatzung ist ein französischer Generalarzt mit zwei Wundärzten die Toten. Er behauptet einem seiner Angehörigen eine Art Protokoll, in dem ausdrücklich gesagt war, daß von den 28 Schiffen fünf Hütenschiffe erhalten haben. Von den übrigen 17 Besetzten haben neun Schiffe von hinten erhalten. Diese Verwundeten wurden von den französischen Ärzten nicht geistlich. Dum-Dum-Geschosse sind nicht verwendet worden.

Keine Arbeit unterm Bajonett!

WTB. Buer, 6. April. (Draht.) Die Bergleute der staadischenZeche „Bergmannsfluß“, die gestern morgen nach Vernehmung des zweitägigen Proteststreikes gegen die französische Besetzung wieder zur Schicht einsahren wollten, fanden sämtliche Zechentore von französischen „Gosken unter Gewehr besetzt. Die Bergleute traten daraufhin erneut in den Aufstand. Der Verlehrsakt legte dem General in Neudillinghausen Bruch ein, worauf dieser einige Ingenieure zur Verhandlung mit der Besatzung nach Buer entsandte.

schagt. Essen soll bis zur Begleichung
der letzten Rate besetzt bleiben. Jeden-
falls kann angenommen werden, so sehr das Blatt
weiter aus, das Frankreich eine erste Leistung
also vermuthlich eine Zahlung, zur Be-
gleichung für die Räumung machen wird.
Man kann aber Deutschland, von einem an-
derem möglichen abgesehen, gutgetzigt gar nichts
haben. Eine Räumung, also auch eine teilweise
— dies sind immer noch die französischen Gebanten-
gänge — käme also nach der Nicht Franzosen-
vorteil überhaupt nicht in Frage. Deutschland
muss aber, so geht der Plan weiter, nach Abschluss
des Vertrags auf dieser Grundlage vorläufig nicht
zurück blicken, sondern sogar dazu beschlies-
sen, daß Frankreich das Ruhrgebiet
ausbeutet, Zollgarant einrichtet, ein Ein-
und Ausfuhrregime einrichtet, die Kohlensteuer ver-
einbart und Kohle und Roheisen nach seinem Gut-
dünken vertreibt. Mit leichter Mühe wäre
dann das erreicht, was bis jetzt durch
den passiven Widerstand verhindert
worden ist.

Ganz abgesehen davon, haben sich die Räumungsverpflichtungen, die bisher gemacht worden sind, noch stets als nicht herausgestellt. Sie sind nie innegehalten worden. Die auf Grund von längst überholten „militärischen Sanktionen“ besetzten Städte Elßdorf, Duisburg und Ruhrort sind weiter besetzt geblieben und über die Räumungsverpflichtungen des Rheinlandes hat schon Rülken (entgegen dem Wortlaut des Vertrages von Versailles) erklärt, daß sie noch gar nicht zu außen begonnen hätten. Jetzt spricht man sogar davon, daß diese Gebiete „aus Gründen der militärischen Sicherheit“ überhaupt nicht geräumt werden sollen. Aber die vertragliche Regelung der Saarfrage ist man im Begriffe, hinzugefügen oben Formeln zu finden, die so nichtssagend wie nur möglich sind. Und damit nicht die Befürchtung nahe, daß die stufenweise Räumung des Ruhrgebiets „eine Regelung ist, von der abgesehen man Bornöckchen finden wird? So genügt dazu schon, daß Deutschland mit einer unerfüllbaren Forderung an Rheinlande steht, um zu erklären, daß die Risiken für die Räumung noch gar nicht zu außen begonnen haben.

Angesichts dieser Sachlage kann es in Deutsch-
land weder eine Regierung, noch ein
Parlament geben, das sich mit einer
Regelung auf einer betriebsamen
Grundlage einverstanden erklären
kann, das unter solchen Umständen den passiven
Widerstand ausgeben kann. Der Verzicht auf in-
nenbüchsele Hoheitsrechte, der Verzicht insbesondere
drauß, seine innerstaatliche Hoheberung
aufzugeben, selbst darüber zu befinden,
ob die Mittelände zu Preußen gehören oder nicht,
der zur selbständigen Republik werden sollen,
von einer deutschen Regierung ausgeschlossen
werden. Darüber hat nur das deutsche Volk
und seine Nationalversammlung zu entscheiden. Man
braucht sich in Paris noch immer über die Schicksale
und Entschlossenheit Deutschlands zu ängstern. Sie
sind so unerschrocken wie ein erstem Tage, und
sich solchen Bedrohungen, wie sie jetzt in England
verbreitet werden, wird es sicher nicht erlauben, zu
erschrecken. Die Bestimmung daraus sollte man al-
lemal entgegen.

Goelitz über die Zukunft der Schulen.

GA Berlin, 6. April. (Eig. Drahtber.) Der
Hauptausschuß des Preussischen Land-
tages nahm seine Beratungen mit der Vorber-
atung des Luftsetzels wieder auf. Minister
Dr. Voelck gab zunächst einen Ueberblick über
den Gesamteinfluß und die besonderen Aufgaben sei-
nes Ministeriums. Die Steigerung um 17,1 Mill.
starben, das heißt um 704 Prozent gegenüber dem
Vorjahre, kennzeichne die erschütternde Auswirkung
der Geldentwertung. Der Minister
betonte den Satz mit aller Schärfe, daß das Schick-
sal des deutschen Volkes zuletzt noch von
seinen geistigen und sittlichen Kräften abhänge. Man müsse deshalb alles thun,
um diese Kräfte zu wecken, lebendig zu erhalten, zu
stärken und zu besserer Auswirkung zu bringen. Un-
ser wissenschaftlichen Anstalten, Unterrichtsanstalten,
die Pflege von Wissenschaft und Kunst dürften
kaum Möglichkeiten zur Sparsamkeit bieten. Man
müsse die Höhe unserer Kultur gehalten,
ja gesteigert werden. In
neuen Plänen und Projekten müßten wir das
armes Volk allerdings und belehrend lernen. Der
vorgeschlagene Grundriß der Einheitsfiskals
müsse immer wieder revidiert und auf seine Ver-
einfachungsmöglichkeit hin geprüft werden.
Es handle sich darum, die denkbar klarste
Form der Einheitsfiskals zu erschaffen. Für jedes
Kind der richtige Ausgang, der seiner Begabung
und seinen Anlagen entspricht. Das sei der Kern-
gedanke der Einheitsfiskals. Daneben müsse man
auch in die Breite, möglichst in die Tiefe gehen.
Die Verwirklichung der Reform müße allerdings
Möglichkeiten zur Erparnis, erfordere aber auch
herdortragende Menschen.

In diesem Zusammenhang ging der Minister auf die Reform der Lehrerbildung ein. Es sei die nächste und dringende Aufgabe, die das Ministerium beschäftige. Die gesamte Unterrichtsverwaltung werde zurecht stark durch die Not der Schulen im Rheinslande und an der Ruhr in Anspruch genommen. Der Minister gab Zahlen über die Not der Schule und der Lehrkräfte im neuen Einbruchsgebiet und im abgesetzten Gebiet, und man sollte höchste Anrechnung für die Haltung der gesamten Lehrerschaft.

Der Minister entwickelte sodann ein Bild der Neugestaltung des gesamten Schulwesens und sprach von der Aufhebung der Grundschulen nach dem Grundschulgesetz, für dessen Lokale Durchführung er sich einsetze, und von den Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen der vier oberen Jahrgänge der Volksschule. Hinsichtlich des Systems der höheren Schule wies er auf die Einführung der deutschen Aufbauschule hin, deren Lehrpläne in diejenigen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden würden. Vom 1. April dieses Jahres ab sollten in Preußen 70 Aufbauschulen vorhanden, von denen die Hälfte sich außerordentlich viel vergrößere. Die Mädchenschulreform vom 20. März 1923 ordne sich dem Gedanken der höheren Schule folgerichtig ein. Daß auch die Reform der Universitäten und Technischen Hochschulen vorwärtsschreite, beweiße die letzte vom Staatsministerium angenommene Reform der Verbesserung der Hochschulen. Bald man daran setze, das letzte Ziel der Reform dahin gebe, durch die Bildungseinheit zur deutschen Schulzweiggemeinschaft und damit zur deutschen Volkseinheit zu kommen, dann werde es auch nicht schwer sein, den trotz angelegten Ver suchen der Einzelschule freie Bahn zu gewähren. Wie bei den früheren Considerationen, so wiederholte der Minister auch hier, daß die Erziehung zur Staatsgebi l d u n g im Vorbergrunde der Unterweisung der Jugend stehen müsse. Dem geistlichen Unterricht und der staatsbürgerlichen Unterweisung müsse auch der Raum im Unterricht zugewidmet werden, der seiner Bedeutung entspreche, und die Berufsbildung müsse der starke Träger dieses Staatsgebi l d u n g s sein.

GA. Braunshweig, 5. April. (Sig. Drabiz.) Am
ersten Vortrage des evangelischen Ge-
meinderathes in Braunshweig wurde am Sonntag
den 3ten einmüthig eine Entschliessung angenommen,
worin der Kirchenvorstand von neuem die Verpflich-
tung der Vertheilung des Reichthums
des Judenthums erklärt, daß für die christliche
Welt nicht nur ein Reichthumsgesetz anzuwenden ist, son-
dern auch ein Reichthumsgesetz anzuwenden ist, das
evangelisch ist. Die Kirche sollte die Freiheit
und Entfaltung freier geistlicher, wenn es
möglich, auf dem christlichen Wege zum christlichen
Glauben, fördern, so wie die evangelische
Kirche für ihr Volk und ihre Welt mit allen geist-
lichen und weltlichen Mitteln zu wirken.

Die abgewiesene Post.

In Berlin, am April. Die Oberbauinspektion
 Berlin hat die vor einigen Tagen eingelangte
 von dem Berliner Oberbürgermeister
 und dem Stadtrat Müller erstattet, weil der Stadtrat
 seine Wünsche aus Veranlassung des
 sehr fauligen und dann selbst in Berlin
 nicht mehr zu haben der Oberbauinspektion
 eine große Anzahl von Beschwerden
 mitteilt: sollte die Inspektion, nachdem
 und den Bauinspektion hat jetzt die
 der Inspektion der Oberbauinspektion

[illegible]

